

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Postfach 11, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Druckerei Müller, Postfach 11, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: Satzwerk Müller, Postfach 11, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 8. Juni 1989

Blatt 1205

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Vranitzky und Zilk unterzeichneten Syndikatsvertrag für die EXPO (1213)

Kommunal/Lokal:

Swoboda: Objektive Richtlinien für Personalaufnahmen (1206/FS: 7.6.)

„Manes-Sperber-Park“ in der Leopoldstadt (1208/FS: 7.6.)

Fernwärmeanschluß für Krankenhaus Lainz (1209-1211)

Edlinger: FPÖ-„Wohnbauscheck“ würde Wohnen verteuern (1214)

Kultur:

Ehrenmedaille in Gold für Walter Klien (1207/FS: 7.6.)

Pasterk: Kunsthalle Fixpunkt für Messepalast (1212)

Swoboda: Objektive Richtlinien für Personalaufnahmen

Bereits am 7. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bekundete Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ seine Gesprächsbereitschaft zum ÖVP-Entwurf eines Wiener Objektivierungsgesetzes. Demnächst werden dazu auf Klubebene Gespräche der im Wiener Landtag vertretenen Parteien stattfinden.

Im Gegensatz zur Behauptung, daß es sich beim ÖVP-Entwurf um ein komplett durchdachtes und ausformuliertes Gesetzeswerk handle, könne er den ÖVP-Vorschlag aber nur als unausgereift bezeichnen. Dieser würde zu einer unvollziehbaren Überbürokratisierung bei Personalaufnahmen führen. So wird z. B. vorgeschlagen, diplomierte Krankenschwestern oder Kindergärtnerinnen, die jahrelang in Schulen der Gemeinde Wien ausgebildet worden sind, vor der Aufnahme in ein Dienstverhältnis auf ihre Berufseignung zu testen. Auch sollen Bewerber/innen als Straßenkehrer, Hausarbeiter, Küchengehilfinnen, Hilfsarbeiter in Werkstätten, Gartenarbeiter oder als Bedienerinnen (insgesamt immerhin etwa ein Sechstel der Mitarbeiter der Stadt Wien) solchen Tests unterzogen werden. Wenn in diesem Zusammenhang auf das Ausschreibungsgesetz des Bundes verwiesen wird, muß festgestellt werden, daß dessen Vollziehbarkeit noch keineswegs bewiesen ist, sagte Swoboda.

Im übrigen ist bereits jetzt bei zahlreichen Bedienstetengruppen ein erfolgreich abgelegter Eignungstest Voraussetzung für die Aufnahme (Juristen, Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, Bedienstete der Feuerwehr, Kanzleibedienstete, Lehrlinge, u. a.).

Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß von einer politischen Postenbesetzung in Wien keine Rede sein kann, betonte Swoboda. (Schluß)
red/gg

Ehrenmedaille in Gold für Walter Klien

Wien, 7.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch dem Pianisten Walter KLIEN im Wiener Rathaus die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Klien ist nicht nur international ein renommierter Konzertpianist, sondern auch Kammermusiker und Liedbegleiter. Sein Repertoire reicht von der Klassik bis zur Musik des 20. Jahrhunderts, wobei er sich besonders um die Musik von Arnold Schönberg verdient gemacht hat. Klien konzertiert regelmäßig in Wien, aber auch in zahlreichen anderen Musikstädten in Europa, den USA und Japan. (Schluß) gab/rr

Bereits am 7. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Manes-Sperber-Park“ In der Leopoldstadt

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Parkanlage in Wien 2, Lilienbrunnngasse 6-12 wurde Mittwoch nachmittag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in „Manes-Sperber-Park“ benannt. Der Philosoph und Schriftsteller war mit seinen Eltern 1916 nach Wien gekommen und hatte in der Lilienbrunnngasse gewohnt. In seinem berühmtesten Werk, der Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean“, beschreibt Sperber das Leben in dieser Wohnung und das umliegende Viertel.

Bei der Parkbenennung, an der auch Bezirksvorsteher Heinz WEISSMANN sowie Mitglieder des National- und Gemeinderates teilnahmen, erinnerte Zilk an den 1984 verstorbenen großen Österreicher, der in der Zeit des Nationalsozialismus Österreich verlassen mußte und von da an in Paris gelebt hatte. (Schluß) emw/bs



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 7. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Fernwärmeanschluß für Krankenhaus Lainz

Kaum noch Emissionen und drastische Energieeinsparung

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Anschluß von Großobjekten an das Fernwärmenetz — die HBW versorgen neben fast 100.000 Wohnungen bereits mehr als 1.650 Großabnehmer mit Wärme — konnte bereits eine große Zahl von luftverschmutzenden, meist mit Schweröl betriebenen einzelnen Kesselanlagen stillgelegt werden.

Dies soll nun auch mit einem der größten Emittenten im Südwesten Wiens geschehen: Bereits im Herbst dieses Jahres kann voraussichtlich mit den Umbauarbeiten für den Anschluß des Krankenhauses und Pflegeheimes Lainz an das Fernwärmenetz begonnen werden. Damit wäre eine Teilinbetriebnahme mit der Heizperiode 1990 und eine volle Inbetriebnahme im Jahr 1991 möglich. Dies gab Donnerstag Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz bekannt.

Derzeit 82.000 kg SO₂-Emissionen pro Jahr

Das Krankenhaus und das Pflegeheim Lainz verbrauchen derzeit jährlich rund 75.000 Megawattstunden und zählen mit Schadstoffemissionen von rund 82.000 Kilogramm Schwefeldioxid pro Jahr aus dem Pflegeheim, Staub in unbekannter Höhe vom Koksessel im Pflegeheim und Stickoxiden aus allen Kesselanlagen zu den größeren Emittenten von Hietzing. Der Fernwärmeanschluß wird nicht nur eine drastische Reduktion der Emissionen bringen, sondern auch eine deutliche Energieeinsparung: Der Verbrauch wird auf 40.000 bis 45.000 Megawattstunden pro Jahr reduziert werden können.

Die Verhandlungen hinsichtlich der Vorfinanzierung der Umbauarbeiten innerhalb des Pflegeheimes und des Krankenhauses Lainz sind nahezu abgeschlossen. Die technische Konzeption für den Umbau auf Fernwärmeversorgung liegt vor.

Kosten für Lainz: 180 Millionen

Im einzelnen umfassen die Umbauarbeiten die Errichtung einer Umformstation und eines Fernleitungssystems mit den notwendigen Übergabestationen, sämtliche Elektroarbeiten und Isolierungen, neu zu errichtende Dampfkessel für den Küchen- und Sterilisationsbetrieb, sowie die erforderlichen Demontagen und Baumeisterarbeiten. Die Kostenschätzung dafür ergab eine Gesamtsumme von 180 Millionen Schilling, wobei davon ausgegangen wird, daß die Bauzeit nicht länger als ein Jahr dauert.

Modernste Technologien

Wie Stadtrat Hatzl ankündigte, werden im Bereich Lainz modernste Technologien der Fernsteuerung angewendet werden. So können von einer zentralen Betriebswarte aus beispielsweise Vorlauf- und Rücklaufemperatur gemessen und kontrolliert werden. Der Betriebsdruck wie auch die Wärmeverbrauchswerte der einzelnen Anlagen können erfaßt und über ein EDV-gesteuertes Optimierungsprogramm auf die energiesparendste Betriebsweise reguliert werden.

Eine frei programmierbare Regelung zeigt am Bildschirm jeden Lieferausfall, sodaß zum Beispiel bei Störungen im Druckbereich das Betriebspersonal den Schaden umgehend beheben kann, und die Wärmeversorgung sofort wieder gewährleistet ist.

Weitere Spitäler und Pflegeheime vor Anschluß

Der von den Heizbetrieben mit der Magistratsabteilung 4 vereinbarte Finanzierungsplan soll nicht nur die Kosten für die Maßnahmen in Lainz decken,

sondern auch zusätzliche Mittel für den Umbau auf Fernwärmeversorgung in weiteren Spitälern und Pflegeheimen zur Verfügung stellen. Im einzelnen haben die Heizbetriebe Wien folgende Objekte vorgeschlagen, die derzeit vorwiegend mit Heizöl versorgt werden und durch einen Fernwärmeanschluß zur Entlastung der Luft in ihrer Umgebung beitragen könnten:

- Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel
- Ignaz-Semmelweis-Klinik
- Orthopädisches Krankenhaus Gersthof
- Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel
- Pflegeheim Baumgarten
- Pflegeheim Liesing

Bereits fix ist eine Reihe von Großobjekten, die ab Herbst 1989 mit Fernwärme versorgt werden

- Pensionistenheim in der Arbeitergasse
- Starhembergkaserne
- ehemalige Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige in der Kaiser-Ebersdorfer-Straße
- Bundesamtsgebäude am Liechtenwerder Platz
- Bundesmittelschule in der Bergheidengasse
- Wohnpark Wilhelmsdorf
- Einkaufszentrum Moeringgasse/Gablenzgasse
- Sandoz in der Brunner Straße
- Penta-Hotel in der Ungargasse
- Palais Liechtenstein in der Alserbachstraße
- Diakonissen-Krankenhaus in der Hans-Sachs-Gasse
- Postdirektion in der Schumanngasse

Leitungsbau als Voraussetzung

Voraussetzung für den Anschluß zahlreicher Großobjekte und der damit verbundenen qualitativen Verbesserung der Wiener Luft ist der forcierte Leitungsbau bei den Heizbetrieben Wien. Bis Ende 1988 standen in Wien bereits 295 Kilometer Fernwärmeleitungen zur Verfügung. Derzeit werden zwei große Leitungen gebaut. Die Fernwärmeleitung Lainz als Voraussetzung für den Anschluß von Pflegeheim und Krankenhaus kostet bei einer Länge von rund 2,5 Kilometern 105 Millionen Schilling.

Im Februar dieses Jahres wurde schon mit dem Bau der Fernwärmeleitung Penzing begonnen, die bei einer Länge von rund drei Kilometern 125 Millionen Schilling kosten wird und bereits Ende November betriebsbereit sein soll.

„Diese wichtige Hauptleitung wird eine wesentliche Entlastung der Luft im Westen Wiens mit sich bringen. Sie bringt unter anderem die Voraussetzung mit sich, die Breitenseer Kaserne, die derzeit mit Heizöl schwer beheizt wird, mit umweltfreundlicher Fernwärme zu versorgen. Die Verhandlungen über dieses Projekt mit dem Bund sind allerdings noch im Gange. Weiters könnten über diese Leitung das Pflegeheim Baumgarten, die Pensionistenheime Dreyhausenstraße und Felbigergasse sowie das Hanusch-Krankenhaus und die umliegenden Altbauten der Stadt Wien mit Fernwärme versorgt werden“, sagte Stadtrat Hatzl.

Neben diesen beiden Großleitungen soll heuer noch mit dem Bau der Leitungen Niederhofstraße — Margaretengürtel, Spengergasse und Gerichtsgasse begonnen werden. In jedem Fall wird noch heuer der Meilenstein von 300 Kilometern Fernwärmenetz überschritten.

Fernwärmenachrüstung für Altbauten geht forciert weiter

Trotz der Einschränkung der Förderungsmittel wird das vorgesehene Fernwärmenachrüstungsprogramm 1989 für Wohnbauten der Stadt Wien mit insgesamt 9.650 neuen Anschlußmöglichkeiten in vollem Umfang er-

Forts. von Blatt 1209

Forts. auf Blatt 1211

füllt. Die Heizbetriebe Wien erfüllen die Voraussetzungen, der Anschluß selbst beruht natürlich auf Freiwilligkeit.

Deshalb ist damit zu rechnen, daß zusätzlich ab Herbst 1989 rund 2.100 Wohnungen, die bisher mit Öl oder festen Brennstoffen beheizt wurden, über die umweltfreundliche Fernwärme verfügen. Dazu kommen zirka 1.300 Wohnungen mit Zentralheizungsinstallationen aus den Vorjahresprogrammen, sodaß mit Ende 1989 rund 35.500 Wohnungen für den Fernwärmeanschluß vorbereitet sind, von denen 9.200 das Angebot angenommen haben und in denen bereits mit Fernwärme versorgte Zentralheizungen installiert sein werden.

Werbekampagne der HBW

Ab August 1989 wird das Fernwärmenachrüstungsprogramm weiter intensiviert. In Bauten, die bis 1987 für eine zentrale Fernwärmeversorgung nachgerüstet wurden und bei denen die Versorgungsleitungen praktisch vor der Wohnungstüre enden, wird eine Werbekampagne der Heizbetriebe anlaufen. Sie soll den Mietern die Vorteile dieser Heizungsart im Zusammenhang mit den günstigen Einbaukosten aufzeigen. Rund 1.000 Wohnungen sollen mit dieser Aktion noch heuer zusätzlich mit Zentralheizungen ausgestattet werden. Das Angebot der Fernwärmenachrüstung schließt selbstverständlich auch Anlagen von Genossenschaften oder private Wohnhäuser ein, sofern sich eine Fernwärme-Versorgungsleitung in unmittelbarer Nähe befindet.

Auch Warmwasserbereitung möglich

Seit 1988 ist auch der Einbau von Fernwärmespeichern zur Warmwasserbereitung gemeinsam mit der Installierung der Zentralheizung möglich. Ein von HBW-Technikern entwickeltes Gerät macht es möglich, ganzjährig Warmwasser mit einer Temperatur von 50 Grad an der Zapfstelle aufzubereiten. Dieser Fernwärmespeicher kommt bereits in den großen Wohnhausanlagen der Stadt Wien Rabenhof und Karl-Marx-Hof, die derzeit baulich saniert werden, zum Einsatz, ebenso in allen Nachrüstungsgebieten dieses Jahres.

Die rund 4.400 zusätzlich heuer an das Fernwärmenetz angeschlossenen Wohnungen, die bisher mit fossilen Brennstoffen beheizt wurden, bedeuten eine Reduktion der Schwefeldioxid-Emissionen um 45.000 Kilo jährlich.

1.650 Großobjekte bereits angeschlossen

Mehr als 1.650 Großobjekte in Wien sind bereits von den Heizbetrieben angeschlossen und damit von Öl oder festen Brennstoffen auf umweltfreundliche Fernwärme umgestiegen. Laut Berechnungen der HBW erspart die Versorgung dieser Objekte und der fast 100.000 Wohnungen der Wiener Luft jährlich fast vier Millionen Kilogramm Schwefeldioxid, das bei einer Versorgung mit Öl in die Luft geblasen würde. Unter den Großobjekten sind 74 öffentliche Gebäude, 250 Schulen und Kindergärten, 22 Theater und Museen, 38 Bäder, 36 Spitäler, 63 Hotels- und Restaurants, 154 Banken und Sparkassen sowie 417 Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe. (Schluß)

roh/bs/rr

Forts. von Blatt 1210

Pasterk: Kunsthalle Fixpunkt für Messepalast

Neues Messepalast-Konzept des Wissenschaftsministers trägt der Entwicklung der letzten Jahre Rechnung

Wien, 8.6. (RK-KULTUR) Als überaus begrüßenswert bezeichnete die Wiener Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK die Vorlage eines revidierten Messepalast-Konzeptes durch den Wissenschaftsminister, in dem die Errichtung einer Kunsthalle ein Fixpunkt ist. Damit trägt der Bund einer seit Jahren andauernden Entwicklung Rechnung, denn seit Jahren erobern die Wiener Festwochen sukzessive das Territorium des Messepalastes für Veranstaltungen der Kunst und Kultur. Die Kunst- und Kulturnutzung wurde seit 1985 durch die Veranstaltung von Konzerten, Theateraufführungen und Ausstellungen im Rahmen der Festwochen ausgeweitet.

Die Nutzung der Winterreithalle des Messepalastes für Ausstellungen oder andere Kulturveranstaltungen hat in den letzten Jahren bereits die Kunsthallen-Idee im Kleinen realisiert. Auch die Klimatisierung der Winterreithalle für die gegenwärtig mit großem Erfolg laufende „Wunderblock“-Ausstellung hat der Kunsthallen-Idee gedient.

Die Stadt Wien und die Wiener Festwochen haben durch viele Aktivitäten ihren Willen zur Beteiligung an der Errichtung einer Kunsthalle nachdrücklich dokumentiert. Ohne die seit Jahren zunehmende Nutzung der Winterreithalle wäre die nunmehrige Festlegung des Bundes auf die Errichtung einer modernen Kunsthalle im Messepalast noch eine bloße Idee.

Die Absicht des neuen Wissenschaftsministers, die zweite Phase des Architektenwettbewerbes zum Messepalast noch vor dem Sommer auf modifizierter Basis auszuschreiben, folge Pasterks Ansicht, daß es bis zum Weltausstellungsjahr 1995 in Wien nicht um die Errichtung utopischer Riesensprojekte gehe, sondern um realisierbare Konzepte.

Die Errichtung einer modernen und internationalen Maßstäben genügenden Kunsthalle ist ein Fixpunkt und zugleich die „logische“ Konsequenz der durch die Festwochen vorangetriebenen Nutzung des Messepalastes für Kunst und Kultur. Mit der begrüßenswerten Festlegung auf die Kunsthalle als ein vorrangig zu realisierendes „Muß“ übernehme der Wissenschaftsminister die Positionen der Wiener Kulturpolitik zum Messepalast, sagte Pasterk. (Schluß) red/gg

Vranitzky und Zilk unterzeichneten Syndikatsvertrag für die EXPO

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Im Bundeskanzleramt in Wien wurde am Donnerstag vormittg der Syndikatsvertrag zwischen dem Bund und der Stadt Wien für die Weltausstellung 1995 von Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY und Bürgermeister Dr. Helmut ZILK unterzeichnet. Mit diesem Vertrag wird der sogenannte Lenkungsausschuß verankert, und werden die Grundlagen für die Gründung der „EXPO Vienna Weltausstellungsgesellschaft“ gelegt.

Die wichtigsten Bestimmungen des Syndikatsvertrages

- EXPO-Lenkungsausschuß: Dieser besteht aus acht Mitgliedern, je vier Mitglieder werden vom Bund und vom Land Wien bestellt und abberufen.
- EXPO-Beirat: Dieser besteht aus acht Mitgliedern, je ein Mitglied des Beirates wird von je einem Mitglied des Lenkungsausschusses bestellt und abberufen. Der Beirat hat die Beratungen und Beschlußfassungen des Lenkungsausschusses vorzubereiten und diesen zu beraten.
- Die Beschlüsse des EXPO-Lenkungsausschusses sind einstimmig.
- Gemeinsame Regierungskommission: Österreich wird gemeinsam mit Ungarn eine gemeinsame Regierungskommission zu Koordinationszwecken in politischen, administrativen und rechtlichen Fragen einrichten. Die Regierungskommission soll jeweils gemeinsam von einer seiner österreichischen und einer seiner ungarischen Mitglieder geleitet werden.
- Generalkommissär: Der Lenkungsausschuß wird der Bundesregierung einen Generalkommissär zur Bestellung vorschlagen, der Österreich in allen die Weltausstellung betreffenden Angelegenheiten zu vertreten hat.
- Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft: Der Bund und das Land Wien werden unverzüglich eine Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft errichten. Am Kapital dieser Gesellschaft beteiligen sich Bund und Land Wien zu gleichen Teilen, wobei in weiterer Folge das gesamte stimmberechtigte Kapital durch Dritte übernommen werden soll. Zur Leitung dieser Gesellschaft wird ein zweiköpfiger Vorstand bestellt. Es wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Syndikatspartner jeder Einflußnahme des Lenkungsausschusses, einzelner seiner Mitglieder, der politischen Parteien, sowie von Bundes- und Landesstellen auf die Bestellung leitender Angestellter oder sonstiger Mitglieder der Gesellschaft entgegenzutreten werden.
- Internationaler Projektwettbewerb: Auf der Grundlage eines Leitprogrammes, an dessen Erstellung die Gesellschaft mitzuwirken hat, ist von der Gesellschaft ein Projektwettbewerb mit internationaler Beteiligung auszuschreiben. Die von Bund und Land bereits bestellte Jury wird in eine Jury der Gesellschaft übergeleitet.
- Finanzierung: Bund und Land Wien sind übereingekommen, Planung und Durchführung der Weltausstellung sowie die erforderlichen Anlagen müssen den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen. Eine optimale Einbindung der IAKW-AG und eine möglichst weitgehende Nutzung der Anlagen und Gebäude der IAKW-AG sind sicherzustellen.
- Privatwirtschaftliche Grundsätze: Bund und Land Wien haben vereinbart, daß der eigentliche Betrieb der Weltausstellung einschließlich Planung und Vorbereitung des Betriebes nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen selbsttragend organisiert werden soll. Hinsichtlich der Kosten der Planung und Errichtung von Gebäuden und Anlagen wurde vereinbart, daß die Gesellschaft unverzüglich Kostenschätzungen und Finanzierungskonzepte zu erstellen hat, sowie private Finanziere suchen soll. Unter Einbeziehung der Nachnutzerfrage sollen die Kosten soweit als möglich nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel finanziert werden können.
- Infrastrukturmaßnahmen: Die Syndikatspartner stimmen darüber überein, daß die Kosten der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen außerhalb des Weltausstellungsgeländes von der öffentlichen Hand getragen werden. (Schluß) fk/bs

Edlinger: FPÖ-„Wohnbauscheck“ würde Wohnen verteuern

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gab Donnerstag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung bekannt, daß die Stadt derzeit nicht eine Umstellung der Wohnbauförderung von Objekt- auf Subjektförderung (sogenannter „Wohnbauscheck“), wie das die Wiener FPÖ vorschlägt, überlegt. Aufgrund eines Beschlußantrages der FPÖ wurden erste Berechnungen durchgeführt. Danach würde es zu einer deutlichen Kostenerhöhung im Neubau kommen. Für eine 80-Quadratmeter-Wohnung ergeben sich beispielsweise nach dem neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetz Mieten (ohne Betriebskosten) von 32 Schilling pro Quadratmeter und Monat, nach dem vorliegenden FPÖ-Vorschlag jedoch Wohnkosten zwischen 72 und 85 Schilling pro Quadratmeter und Monat, sagte Edlinger. Eine Umstellung der Wohnbauförderung auf dieses Modell sei daher wenig sinnvoll.

65 neue Aufzüge für alte Gemeindebauten

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte ferner 133,14 Millionen Schilling für den nachträglichen Einbau von insgesamt 65 Aufzügen in alte Gemeindebauten. Insbesondere für ältere Menschen und Hausfrauen bedeutet dies eine große Erleichterung in den vielgeschossigen Wohnhäusern. Der Einbau wird aus dem Budget der Stadt Wien gezahlt, für den laufenden Betrieb und die Erhaltung müssen die Mieter aufkommen. (Schluß) ah/rr